

## Pflege-Initiative kommt vors Volk

**Gesundheit** Das Stimmvolk kann über die Pflege-Initiative entscheiden. Das Volksbegehren ist formell zu Stande gekommen. Die Unterschriften waren am 7. November nach nur acht Monaten eingereicht worden. Das Begehren verlangt, dass Bund und Kantone die Pflege als wichtigen Bestandteil der Gesundheitsversorgung fördern. Diese sollen für eine ausreichende, allen zugängliche Pflege von hoher Qualität sorgen und sicherstellen, dass genügend Pflegefachpersonen zur Verfügung stehen. Mit der Initiative soll auch die Attraktivität der Pflegeberufe gesteigert werden. Dazu gehört, dass die Pflegefachpersonen ihre eigenverantwortlich erbrachten Leistungen selbstständig mit den Krankenkassen abrechnen dürfen.

Hinter der Initiative steht der Berufsverband der Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner. Zu diesem Mittel griff er, nachdem Bemühungen zur Stärkung des Pflegeberufs im Parlament gescheitert waren. Angesichts des demografischen Wandels wird der Bedarf an Pflegepersonal in Zukunft zunehmen – laut den Initianten um 20 Prozent bis 2025. Heute wird der Mangel mit ausländischem Personal kompensiert. Das werde in Zukunft nicht reichen, so die Initianten. (sda)

## Wildwuchs bei Prämien beenden

**Krankenkassen** Der Bundesrat ist bereit, aufzuzeigen, wie die Praxis der Prämienverbilligung in den Kantonen verbessert und vereinheitlicht werden kann. Auch über die Gestaltung einer ausgewogeneren Finanzierung durch Bund und Kantone will er nachdenken. Die Regierung empfiehlt, Postulate der Aargauer CVP-Nationalrätin Ruth Humbel und der Grünen-Fraktion mit entsprechenden Forderungen anzunehmen. Der Bundesrat geht mit den Autoren der Postulate einig, dass der Rückzug einzelner Kantone aus der Finanzierung der Prämienverbilligung problematisch sei. Der Kantonsanteil sei von rund 50 Prozent im Jahr 2010 auf rund 42 Prozent im Jahr 2016 gesunken, hält er fest. (sda)

# Buttet taucht unter

**Affäre** CVP-Nationalrat Yannick Buttet lässt sein Nationalratsmandat vorerst ruhen. Über einen allfälligen Rücktritt will er erst nach einer Behandlung wegen seines Alkoholkonsums entscheiden.

Tobias Bär

Das eine oder andere Mitglied der CVP-Fraktion flüchtete sich gestern in den Galgenhumor: «Ich kann weder für alle Walliser noch für alle Männer die Verantwortung übernehmen», sagte die Walliser CVP-Nationalrätin Viola Amherd. Eine Parteikollegin meinte: «Wir haben momentan einfach Pech.» Da versucht die CVP nach Kräften und bislang erfolglos, die elektorale Abwärts Spirale zu stoppen – und nun muss sie sich mit der Causa Yannick Buttet herumschlagen.

Buttet selber liess sich gestern nicht im Bundeshaus blicken. Über seinen Anwalt Andreas Meili, der bereits Geri Müller und Christophe Darbellay gegen das mediale Kreuzfeuer verteidigt hat, hatte er bereits am Vormittag seinen Rücktritt vom Amt des CVP-Vizepräsidenten verkündet. Damit kam der Walliser Nationalrat wohl einem Entscheid des Parteipräsidiums zuvor, das sich gestern zur Sitzung traf.

### Buttet will Alkoholkonsum in den Griff bekommen

Buttet ist krankgeschrieben, will sich in ärztliche Behandlung begeben, um seinen Alkoholkonsum in den Griff zu bekommen. Seine Ämter als Nationalrat und als Gemeindepräsident von Colomby-Muraz lässt er vorerst ruhen. «Nach meiner Genesung werde ich mit meiner kantonalen Partei absprechen, ob ich mein Mandat als Nationalrat weiterführe», teilte der 40-Jährige mit. Buttet hat während der noch bis Ende kommender Woche dauernden Wintersession weiterhin Anspruch auf ein Sitzungsgeld in Höhe von 440 Franken pro Tag. Nach einem Monat sinkt der Anspruch auf 352 Franken. Beim eigentlichen Jahreseinkommen von 26 000 Franken pro Parlamentarier muss Buttet keine Abstriche in Kauf nehmen. Dies teilten die Parlamentsdienste auf Anfrage mit.

Zumindest was sein Mandat in Bern betrifft, hat der Walliser also keine gravierenden finanziellen Einbussen zu erwarten.



Der Stuhl von CVP-Nationalrat Yannick Buttet blieb gestern leer.

Bild: Peter Klauzner/Keystone (Bern, 4. Dezember 2017)

Die Frage ist, ob er dieses Mandat behalten kann. Wenn die Vorwürfe zutreffen, dann ist ein Rücktritt unausweichlich – so lässt sich die vorherrschende Stimmung in der Fraktion zusammenfassen. Diese Vorwürfe lauten wie folgt: Buttet soll in seiner Heimat einer ehemaligen Geliebten nachgestellt haben, dazu läuft eine Strafuntersuchung. Ausserdem soll sich der CVP-Politiker in Bern gegenüber Frauen aufdringlich verhalten haben.

In der gestrigen Mitteilung spricht Buttet von einem «unangemessenen Verhalten», für das er sich entschuldige. Der Berner Politikberater Walter Stüdeli bezeichnet die Krisenkommunikation des CVP-Nationalrats als wenig gelungen. «Die Entschuldigung ist eine Art Schuldeingeständnis.» Gleichzeitig habe Buttet die angeblichen Vorkommnisse

im Wallis weder bestätigt noch dementiert. «Das lässt Raum für Spekulationen – und das ist in einer solchen Situation verheerend.» In den Augen Stüdelis könnte sich Buttet unabhängig vom Ergebnis des juristischen Verfahrens für die CVP als zu grosse Hypothek erweisen.

### Rücktrittsforderungen aus dem CVP-Präsidium

Parteipräsident Gerhard Pfister wies gestern wiederholt auf die Unschuldsummut hin und sagte: «Der Entscheid, ob er als Nationalrat aufhören soll, liegt bei der Walliser Kantonalpartei und bei ihm.»

Pointierter äusserte sich in der «NZZ am Sonntag» Präsidiumsmitglied Elisabeth Schneider-Schneiter: Sie sei der Meinung, dass Buttet sein Amt niederlegen müsse. «Dabei bleibe ich», sagte sie gestern.

## Von Fricker bis Zuppiger – wenn der Druck zu gross wird

**Rücktritte** Nach Fehlritten geraten Politiker unter Druck. Doch nicht alle nehmen den Hut.

### Jonas Fricker

Der grüne Nationalrat verglich die Schlachtung von Schweinen und den Holocaust. Drei Tage später gab der Aargauer am 30. September 2017 auf Druck seiner Partei den Rücktritt.

### Bruno Zuppiger

Der Zürcher Nationalrat hatte es 2011 soeben zum Bundesratskandidaten der SVP geschafft. Da wurde ihm die Veruntreuung einer Erbschaft vorgeworfen. Neun Monate hielt er sich als

Nationalrat, dann trat er zurück. Später wurde Zuppiger verurteilt.

### Filippo Lombardi

Sechsmal musste der Tessiner den Check abgeben, unter anderem wegen Alkohol am Steuer. Die Wähler verziehen es ihm: Er ist seit 1999 CVP-Ständerat.

### Ricardo Lumengo

Der Berner Nationalrat wurde 2010 wegen Wahlfälschung verurteilt. Lumengo verweigerte den Rücktritt, 2011 wurde er abgewählt. Das Bundesgericht sprach ihn 2012 frei: Er hatte zwar fremde Wahlzettel ausgefüllt, doch war das nicht strafbar. (ffe)

# Caroni ruft zu Rückzug der Rasa-Initiative auf

**Zuwanderung** FDP-Ständerat Andrea Caroni kämpfte für einen Gegenvorschlag zur Initiative «Raus aus der Sackgasse» – ohne Erfolg. Jetzt warnt er vor einer kontraproduktiven Volksabstimmung.

Eine Initiative des Vereins Rasa (Raus aus der Sackgasse) will den Verfassungsartikel zur Zuwanderung vom 9. Februar 2014 wieder streichen. Am Donnerstag befasst sich der Ständerat damit. Die vorberatende Kommission empfiehlt, die Initiative ohne Gegenvorschlag abzulehnen, wie es der Nationalrat getan hat. Der Entscheid fiel deutlich, das Anliegen stösst primär noch bei Kleinparteien auf Unterstützung.

Neben SP-Politikern wie Hans Stöckli (BE) oder Daniel Jositsch (ZH) gehörte im Ständerat bisher Andrea Caroni (FDP/AR) zu den treibenden Kräften hinter einem Gegenvorschlag. Dies wäre zwar immer noch die sauberste Lösung, sagt er. Doch es sei absehbar, dass die kleine

Kammer kaum mitmachen werde. Der Ausserrhoder plädiert für eine neue Strategie. «Eine Abstimmung über die Initiative allein könnte kontraproduktiv sein», sagt er. Am schlechtesten wäre ein klares Nein zu Rasa. Dies würde den Entscheid vom 9. Februar bestätigen und den Druck, Kontingente einzuführen, erhöhen. Deshalb ruft Caroni das Komitee dazu auf, die Volksinitiative zurückzuziehen, wenn es keinen Gegenvorschlag gibt.

Seit der Einreichung der Rasa-Initiative vor mehr als zwei Jahren hat sich politisch etwas bewegt. Das Parlament beschloss, einen Vorrang für Arbeitslose einzuführen, der Bundesrat zog seine Pläne für einen Gegenvorschlag zurück. Zudem plant die

SVP eine Initiative zur Kündigung der Personenfreizügigkeit mit der EU, die kaum Fragen offenlassen würde. Die zweitsauberste Lösung wäre, wenn das Stimmvolk diese klar ablehnt, sagt Caroni. «Das würde bedeuten, dass es einverstanden ist, an der Freizügigkeit und den bilateralen Verträgen festzuhalten.»

### Initianten wollen nicht auf die SVP warten

Das Rasa-Komitee liess im Frühling durchblicken, dass ein Rückzug der Initiative eine Option ist. Im Herbst tönte es wieder anders: Ohne Gegenvorschlag ziehe man diese nicht zurück. Das mag auch taktische Gründe haben. Fast 110 000 Personen haben das Anliegen unterschrieben. Ohne

## «Ein klares Nein wäre am schlechtesten.»



Andrea Caroni Ständerat (FDP/AR)

Gegenvorschlag wäre es schwieriger, einen Rückzug der Initiative zu verkaufen.

«Es gibt diverse Aspekte, die dafür oder dagegen sprechen», sagt Thomas Geiser, Mitinitiant und Rechtsprofessor an der Uni St. Gallen, auf Anfrage. Er warnt davor, auf die Kündigungs-Initiative der SVP zu warten. Die Partei habe bisher bloss für heisse Luft gesorgt. «Das zeigt, dass sie nicht den Mut hat, die Vorlage zu lancieren.» Zudem wundert sich Geiser, dass Politiker mit einem massiven Nein zur Rasa-Initiative rechnen. «2014 stimmten 49,7 Prozent gegen die Einwanderungs-Initiative. Dass diese ihre Meinung komplett geändert haben, ist unwahrscheinlich.» Ziehe das Komitee die Rasa-Initiative

ve nicht zurück, müssten die Parteien und die Wirtschaft Farbe bekennen, sagt er. «Ein grosser Teil hätte keine andere Wahl, als die Ja-Parole zu fassen.»

Die Schlussabstimmung über die Rasa-Initiative ist im Parlament am 15. Dezember geplant. Anschliessend bleibt den Initianten zehn Tage Zeit, um über einen Rückzug zu entscheiden. Ob es so weit kommt oder nicht: Thomas Geiser bereut es keineswegs, die Initiative lanciert zu haben. «Wir haben viel bewegt», sagt er. Dies sieht auch Ständerat Andrea Caroni so. Ohne das Volksbegehren hätte die Politik dem Thema nicht die gebührende Aufmerksamkeit geschenkt.

Tobias Gafafer